

**Herrn  
Bundesminister für Gesundheit  
Jens Spahn**

**Friedrichstraße 108**

**10117 Berlin**

## **Offener Brief zur Situation in der Pflege**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Spahn,

die Mitarbeitervertretungen des HDV gGmbH, Träger von 8 Seniorenzentren, haben in den Medien wahrgenommen, das auf Veranlassung des Bundesgesundheitsministeriums, die Krankenkassen Gelder zur Verfügung stellen, damit in der Pflege 13.000 zusätzliche Stellen geschaffen und besetzt werden können, um die bereits seit Jahren erhobene Forderung, dass die Behandlungspflege in den Pflegeheimen durch zusätzliches Personal erbracht und über die Kassen abgerechnet werden kann, endlich erfüllt wird.

Dafür danken wir Ihnen.

Allerdings gehen wir davon aus, dass Ihnen an sich bekannt sein müsste, dass derzeit 38.000 Stellen in der Pflege nicht besetzt sind. Nun kommen 13.000 Stellen hinzu, die ebenfalls nicht besetzt werden können ! Konkret bedeutet dies, dass

- 51.000 Stellen nicht besetzt sind
- die Krankenkassen dieses Geld sparen,
- die vorhandenen Mitarbeiter weiterhin jede Menge Überstunden machen (müssen), damit die Versorgung der Bewohner gewährleistet ist,
- diese Mitarbeiter irgendwann körperlich und psychisch ausgebrannt sind und ausscheiden – was die Situation weiterhin verschlechtert.


Und hier sprechen wir nur von den offenen Stellen in der stationären Pflege. Die vakanten Stellen – mit gleicher Problematik – in der ambulanten Pflege und den Krankenhäusern kommen hinzu.

Gründe der Nichtbesetzung, ist die unzureichende, ungerechte und nicht berufsgerechte Bezahlung sowie die derzeit herrschenden Arbeitsbedingungen.

HDV gemeinnützige GmbH

Gesamt-Mitarbeitervertretung  
Kerstin Lutz

Hospitalstraße 1  
68623 Lampertheim  
T (06206)955 300  
F (06206)955 888  
{ HYPERLINK  
"mailto:Kerstin.Lutz@agaplesion.de" }

  
Diakonie

[www.hdv.agaplesion.de](http://www.hdv.agaplesion.de)

30. Januar 2019

Derzeit ist für viele Schulabgänger und Berufseinsteiger der Pflegeberuf nicht attraktiv genug.

Mittlerweile verdient ein „ungelernter/angelernter“ z.B. Fabrikarbeiter in der Auto- und Zulieferindustrie, der nicht in Verantwortung, wie eine aus- und weitergebildete Pflegefachkraft steht, weitaus mehr (höhere Stundenlöhne, Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagszuschläge, Gewinnbeteiligung, bessere betriebliche Altersvorsorge ect.)

Viele Alten-/Krankenpflegeschüler, die am Menschen arbeiten wollen, beenden vorzeitig ihre Ausbildung, weil sie für sich persönlich keinen Sinn sehen, den Pflegeberuf verantwortungsbewusst umsetzen und ausüben zu können. Die Realität und der gravierende Unterschied mit dem in der Schule Erlernten können sie mit ihrem Gewissen nicht mehr vereinbaren.

Leider müssen wir, die in der Pflege arbeiten, immer wieder feststellen, dass der Dienst an der Materie höher dotiert und bewertet wird, als der Dienst am Menschen.

Es mangelt an Wertschätzung gegenüber den Pflege- und Betreuungskräften von allen Seiten. Angehörige und auch Bewohner selbst (Einzelfälle), verlangen oft mehr Leistungen als ihnen zusteht bzw. über die Refinanzierung hinausgeht. Sie sind durch die Medien über die derzeit herrschende Misere und die Überlastung und zunehmende Arbeitsverdichtung in der Pflege informiert, nehmen trotzdem keine Rücksicht auf das Pflegepersonal. Schikanen sind an der Tagesordnung sowie Gewalt an Pflegenden.

Medien sprechen nur von Gewalt, die von Pflegekräften ausgeht, Gewalt (körperlich und psychisch) an Pflegekräfte wird nicht wahrgenommen oder bewusst verschwiegen.

Wir stellen uns die Frage, wie Sie bei den derzeitigen nicht adäquaten Bedingungen, die in der Pflege gang und gäbe sind, die nicht besetzten 38.000 Stellen und die 13.000 Stellen neugeschaffenen, sprich insgesamt 51.000 Stellen, besetzen wollen?

Wenn dies erfolgreich sein soll, fordern wir eine für den Beruf des Pflegenden gerechte und angepasste Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen.

Dies kann nur möglich sein, wenn die Refinanzierung (Pflegesätze – Anteil der Pflegeversicherung) entsprechend angeglichen werden und stimmen.

Wenn dann aber die Diskussion über stark ansteigende Eigenanteile aufflammt, muss die entweder dazu führen, dass dies als notwendig von politischer Seite anerkannt wird oder die Pflegekassen diesen Anteil übernehmen.

Die Pflegekassen haben in den Jahren seit ihrer Einführung keine wesentlichen größeren Anteile übernommen – dies geschah stets aus eigenem Vermögen der Bewohner/Angehörigen.

Wir fordern einen gesetzlich festgelegten Mindest-Pflegesatz.

Dies ist nach unserem Dafürhalten eine Basis für einen flächendeckenden, tätigkeitsgerechten, zukunftsorientierten und für alle (staatliche/kommunale, private, paritätische und kirchliche/religiöse Träger) bindenden Tarifvertrag.

In Zukunft haben wir mit einer zunehmenden Altersarmut zu rechnen. Die meisten zukünftigen Rentner werden nicht mehr in der Lage sein, ihre Eigenanteile zur Pflege (stationär oder ambulant) in vollem Umfang zu tragen.

Wir befürchten, dass damit eine Refinanzierung der Gehälter der Pflegekräfte nicht mehr gewährleistet werden kann.

### **Auch hier besteht dringender Handlungsbedarf der Bundesregierung.**

Bei einem Defizit in der Refinanzierung ist es vielen Trägern in der Zukunft nicht mehr möglich, qualifiziertes Pflegepersonal, das entsprechend entlohnt werden muss, zu finden und damit eine adäquate Pflege zu gewährleisten.

### **Die Misere wird in der nahen Zukunft zu nehmen !**

Wir möchten auch anmerken, dass diese schon über Jahre besteht und von allen Regierungen und Parteien nicht genügend wahrgenommen und verbessert wurde. Es besteht damit schon ein jahrzehnter langer Handlungsbedarf.

Die derzeitige Reaktion der Bundesregierung, sprich Ihres Ministeriums, ist extrem verspätet und nach unserer Auffassung zudem nicht umfangreich und zukunftsweisend genug.

In der letzten Zeit kaufen vermehrt Private-Equity-Investoren, Gesundheitseinrichtungen (Seniorenzentren) mit der Prämisse hohe Renditen zu erwirtschaften. Dies geht ausschließlich auf Kosten des Personals. Unterbezahlung und Minimalbesetzung ist da an der Tagesordnung, was wiederum zu einer schlechten Qualität führt. Bewohner und Patienten leiden darunter. Auch die Medien haben in der Zwischenzeit darüber eindeutig und ausführlich berichtet.

Wir fordern eine gesetzliche Grundlage, dass die Pflege in staatlicher, paritätischer Hand bleiben und solchen Gruppen unbedingt untersagt werden muss, Pflege- und Gesundheitseinrichtungen zu übernehmen.

### **Pflege ist kein Spekulationsobjekt !!**

Wie wir aus einem Interview, das Sie mit dem Sender Phönix am 17.12.2018 führten, entnehmen konnten, wollen Sie aus europäischen Ländern Pflegekräfte anwerben. Nach Ihrer Aussage wollen Sie, fokussiert auf den Kosovo, dort ausbilden und diese Kräfte dann in Deutschland einsetzen.

Dieses können wir nur begrüßen. Aber wir gehen davon aus, dass, wenn diesen

Menschen bewusst wird, wie die nicht angemessene Entlohnung und die schlechten Arbeitsbedingungen sind, diese vermehrt in andere Berufe abwandern oder wieder in ihre Heimat zurückkehren. Das haben wir in der Vergangenheit bereits mit spanischen Kräften erlebt.

Der Dienst am Menschen, sprich die Pflege, ist ein Grundrecht. Dies geht eindeutig aus dem Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar ...“ hervor.

Leider kann aufgrund der o.g. Themen dieses Grundrecht für Pflegebedürftige nicht mehr vollständig gewährt und umgesetzt werden. Dies gilt auch für Pflege- und Betreuungskräfte.

**FAZIT:**

Bessere, tätigkeitsgerechte Entlohnung, gute Arbeitsbedingungen, eine langfristige und nachhaltige Sozialpolitik mit positiven Aussagen und Handlungen zum Thema Pflege und die dadurch vermittelte und entstehende Wertschätzung der Pflege- und Betreuungskräfte können das Ende des stationären und ambulanten Pflegenotstandes bedeuten.

Herr Spahn, wir laden Sie gerne zu einer ausführlichen Aussprache/Diskussion zu diesen Punkten zu einer unserer Gesamtmitarbeitervertretungssitzungen nach Darmstadt ein.

Für eine Terminabsprache stehe ich Ihnen gerne und jederzeit zur Verfügung. Wir freuen uns auf eine sachliche und ausführliche Diskussion mit Ihnen.

Bis dahin verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Kerstin Lutz  
Vorsitz G-MAV